

Schluss mit neoliberal – international solidarisch aus der Krise!

UGL-Sozialforum

22. – 24. September 2023

NaturFreundehaus Berlin, Paretzer Straße 7



„Mehr Bücher - weniger Waffen!“ (Wandbild in São Paulo)

– Programmheft –

Schluss mit neoliberal – international solidarisch aus der Krise!

Wider bessere Möglichkeiten die neoliberale Hegemonie – Neokolonialismus und strenge Hierarchie, verbrämt mit dem Schlagwort der „Freiheit“ – aufrechtzuerhalten, ist Ursache der aktuellen tiefen Krise. Weltweit kommt die Brutalität der unsozialen Weltordnung neu zum Ausdruck: In Frankreich umgeht Macron für neoliberale Renten-Konterreformen das Parlament und forciert die Polizeigewalt gegen Demonstrierende. In Italien regiert nach jahrelangem EZB-Spardiktat eine faschistische Partei. Die USA führen Wirtschaftskrieg gegen Chinas Wachstum und verbieten progressive Bücher im Schulunterricht – zuletzt Werke Shakespeares. Die EU erklärt sich zur Festung gegen Schutzsuchende. Und die deutsche Ampel-Regierung kürzt bei enormen Rüstungsausgaben drastisch am Sozialstaat, bereichert mit Konzernrettungen die Krisengewinnler und verschärft die mit Jahren der Sparpolitik eingeleitete Rezession.

Das ist, anders als auch unsere Parteispitze meint, nicht alternativlos. Mit planvoller, international kooperativer Weiterentwicklung der Produktionsweisen sind die Erleichterung mühevoller Arbeit, die Lösung der Menschheitsaufgabe Klimaschutz sowie ein Leben in Wohlstand und Frieden für alle Menschen möglich. Handlungsleitend sind dabei die bei den UN-Klimakonferenzen in Rio 1992 und in Paris 2015 (COP 21) verabschiedeten UN-Ziele für nachhaltige Entwicklung.

Im Ringen um die Überwindung des Elends sind wir dabei nicht allein: Nach den harten Einschnitten der Eindämmung der Gewerkschaften formieren sich diese wieder – Ver.di verzeichnete dieses Jahr die höchsten Mitgliederanstiege, die IG Metall belebt die Diskussion über die 4-Tage-Woche und sogar in Krankenhäusern wird gestreikt. Noch lebendiger sind die Streiks und Sozialproteste in unserem Nachbarland Frankreich und selbst in England, dem Mutterland des „freien Marktes“. Hierzulande gehören zu den Errungenschaften sozialer Kämpfe, auf denen wir aufbauen können, nicht zuletzt die als antifaschistische Konsequenz im Grundgesetz verankerten sozialen Rechte und Ansätze zur Demonopolisierung.

Schluss mit neoliberal: In global kooperativer Entwicklung liegt die wirkliche Freiheit.

Wir wollen im UGL-Sozialforum linksgrüne Perspektiven zur Überwindung der weltweiten Ungleichheit erörtern, die als das entscheidende Hemmnis für demokratischen Fortschritt allen schadet. Insbesondere konzentrieren wir uns dabei auf die Themen Steuergerechtigkeit, staatliche Investitionen und Beschäftigungspolitik. Alle Parteimitglieder sind herzlich zur Teilnahme eingeladen.

Freitag, 22.9.

18 Uhr: Filmabend „Salvador Allende“ (Patricio Guzmán, Chile 2004) mit Einführung. 50 Jahre nach dem Putsch

1970 gewann in Chile die Unidad Popular, ein progressives Bündnis aus Kommunist:innen, Sozialist:innen, Sozialdemokrat:innen, bürgerlichen Radikaldemokrat:innen und linken Christdemokrat:innen, die Wahlen. Der chilenische Sozialismus auf demokratischem Wege setzte auf der Grundlage der umfänglichen demokratischen Organisierung der Arbeitenden die Verstaatlichung aller relevanten Industrien um, eine grundlegende Agrarreform gegen die Armut auf dem Land sowie die Garantie und Verwirklichung umfassender sozialer Rechte (kostenlose Gesundheitsversorgung, gebührenfreie Bildung, massiver Wohnungsbau, kostenlose Grundnahrungsversorgung). Der Kampf der chilenischen Bevölkerung strahlte auf andere ehemals kolonisierte Länder aus, die um Souveränität und Entwicklung in Würde rangen.

Gegen diese „Ansteckungsgefahr“ putschten 1973 unter Leitung der CIA die rechtsgerichteten Teile des chilenischen Militärs. Unter dem Diktator Pinochet wurden – von den neoliberalen Vordenkern Milton Friedman und August von Hayek geleitete – Ökonomen, die sogenannten „Chicago Boys“, in Ministerien und Zentralbank eingesetzt, um die sozialen Errungenschaften abzuwickeln, in ihr Gegenteil zu verkehren und ideologisch als „Freiheit“ zu verkaufen. Der Neoliberalismus fand vor seiner Ausbreitung in den westlichen Zentren in Chile sein Experimentierlabor.

Der Aufbruch der Unidad Popular ist Grundlage und Bezugspunkt der aktuellen Linkswende in Chile und ganz Lateinamerika. Doch unter dem Druck des um seine Vormachtstellung kämpfenden Westens und mit den ideologischen Nachwirkungen der Diktatur konnte die chilenische Rechte weitreichende soziale Reformen bisher verhindern und den Prozess der Erarbeitung einer demokratischen Verfassung ausbremsen. **Was lernen wir aus dem Aufbruch Chiles heute? Wie gewinnen wir hier, im Herzen der Bestie, den Kampf um die Überwindung neoliberaler Ideologie und global ausbeuterischer Wirtschaftspolitik?**

Samstag, 23.9.

10 – 12 Uhr: Die soziale Frage und die Demokratie – Armut und Vermögensverteilung

Bisher setzt sich die deutsche Regierung nicht effektiv für die Durchsetzung einer Finanztransaktionssteuer und die Bekämpfung von Steuerflucht ein. Das wäre dringend erforderlich: 2012 berechnete das Tax Justice Network unter Einbeziehung versteckter Vermögenswerte, dass die reichsten 0,1 % der Weltbevölkerung über 80 % des weltweiten Finanzvermögens besaßen.

In Deutschland steigt der Ungleichheitsindex seit 1990, mit erheblichem Einfluss auf die Teilhabe aller an der gesellschaftlichen Entwicklung: 2022 waren nach Informationen des statistischen Bundesamtes 24 % der unter 18-Jährigen in Deutschland arm. Solange unerfüllbare Aufstiegsversprechen und Ungleichheit nicht von linker Seite in Frage gestellt werden, kann die AfD die relative und zunehmend wahrgenommene Ohnmacht mit ihrer Demagogie ausnutzen.

Andere Länder regulieren die Anhäufung großer Vermögen durch politische Maßnahmen stärker als Deutschland. Wir wollen dem auf den Grund gehen: **Wie wird sich der enorme Reichtum angeeignet? Wie wird wirtschaftlicher Einfluss dafür genutzt? Warum sind wir Grünen inzwischen so vorsichtig bei der Besteuerung von Reichen? Was ist für eine Kurswende erforderlich?**

Impulsvortrag: Herbert Storn, Autor und aktiv in der GEW Hessen sowie in NGOs

12:30 – 14:30 Uhr: Green New Deal vs. „Standortsicherung“

Vorbild für den Green New Deal ist der US-amerikanische New Deal, mit dem die Wirtschaftskrisen der 1920er fortschrittsbringend beantwortet wurde. Im Zentrum der Investitionspolitik stand damals das Gemeinwohl aus der Perspektive länder- und systemübergreifender Kooperation. 1941 drückte der US-Präsident Roosevelt prägnant so aus: „Die dritte dieser Freiheiten ist die Freiheit von Not. Das bedeutet, weltweit gesehen, wirtschaftliche Verständigung, die jeder Nation gesunde Friedensverhältnisse für ihre Einwohner gewährt – überall auf der Welt.“ Die heutige grüne Version des New Deals jedoch setzt auf Konkurrenz. So begründete unsere Parteivorsitzende im Sommerinterview 2023 ihre „Investitionsagenda für Deutschland“ mit „Standortsicherung, also: Wie verhindern wir, dass jetzt Industrien abwandern (...)? Bei Klimaschutz geht es am Ende um nichts anderes als Wohlstand. Wir erleben international ein ‚race to the top‘, also wo siedeln sich neue Technologien an? Wo siedeln sich damit auch sichere Jobs an?“

Hand in Hand mit den Industriechefs anstatt durch ökologische Wirtschaftslenkung bleibt die versprochene ökologische Modernisierung der Wirtschaft aus. Die Schwarze-Null-Politik des FDP-Finanzministers Lindner knüpft an die Brüningische Spar- und Austeritätspolitik vom Ende der 1920er Jahre an, die zum Zusammenbruch des Wirtschaftssystems und zur Machtergreifung der Nazis geführt hat. Die Investitionen in Kriegsgerät helfen dem nicht ab.

Wie kommen wir stattdessen dazu, gerade dort staatliche Lenkung durchzusetzen, wo sie gegen die unmittelbaren Profitwünsche der Unternehmen erforderlich ist? Wie gelingt der für die Bewältigung der Klimakrise erforderliche Technologietransfer gegen Standortkonkurrenz?

Impulsvortrag, angefragt: Memorandum-Gruppe für Alternative Wirtschaftspolitik

www.gruene-linke.de

Konto: Grüne Linke, Kreissparkasse Ahrweiler

IBAN: DE03577513101000199685, BIC: MALADE51AHR



16 – 18 Uhr: Für und Wider des bedingungslosen Grundeinkommens. Worin besteht die Würde der Arbeit?

In den 1990er-Jahren legten in Folge des Wegfalls der Systemalternative die vorherigen linken „Volksparteien“ eine Kurswende hin: Nicht mehr die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit war oberstes Ziel der Sozialdemokratie, sondern der Erhalt des Wirtschaftsstandorts nach dem vermeintlich endgültigen Sieg der Konkurrenz. Wir Grünen haben dem in einer sozialliberalen Koalition unseren Segen gegeben, indem wir 2005 mit Hartz IV Sozialstaatsgebot und Menschenwürde für lässlich erklärten.

Die Brutalisierung des gesellschaftlichen Klimas um die Jahrtausendwende (Arbeitsminister Clement sprach damals von „Parasiten“ und warnte vor „Missbrauch, Abzocke und Selbstbedienung im Sozialstaat“) wirkt bis heute nach und macht Druck für verschärfte Eigenverantwortung. Heute ist für alle ersichtlich, dass die damaligen Versprechen von allgemeinem Aufschwung und Vollbeschäftigung nicht das tatsächliche Ziel des Sozialstaatsabbaus waren – dessen ersichtlicher Erfolg bleiben allein das unterdurchschnittliche deutsche Lohnniveau und ein Druckmittel zum Aushalten von Arbeitszeitverdichtung und Ausweitung der Arbeit („New Work“).

Angesichts des Wandels im globalen System und der Verschiebungen in den Arbeitsweisen durch Technologisierung stellt sich die Frage nach dem gesellschaftlichen Umgang mit Arbeitszeit, -verteilung, -dichte und -qualität mit neuer Aktualität. Werden neue Technologien weiterhin für Profitsteigerung genutzt oder kommt der Reichtum den Gesellschaften zugute, die ihn erarbeiten?

Soziale Initiativen schlagen verschiedene Konzepte des bedingungslosen Grundeinkommens vor, das auch in unserem Parteiprogramm verankert ist. Gewerkschaften fordern Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich. – Inwiefern sind diese beiden Konzepte Antworten auf dem Weg zu einer demokratischen, gerechten und klimafreundlichen Wirtschaftsordnung? **Worauf kommt es an, wenn sie zur nachhaltigen Umverteilung von oben nach unten, zur Herstellung würdevoller Arbeitsverhältnisse und zu einer menschenwürdigen Mindestsicherung für alle Menschen beitragen sollen? Wer ist dafür bereits aktiv?**

Diskussion: Thomas Wolff (Sprecher der AG Grundsicherung & Grundeinkommen, Grüne Berlin) und Ralf Krämer (Ver.di Bundesvorstand)

Ab 20 Uhr: Orga-Beratung

Sonntag, 24.9.

10 – 14 Uhr: Antragsberatungen zur kommenden BDK in Kleingruppen.